

mögen in Hypotheken, angelegt hatten, sind mit einem Schläge zu Bettler geworden, während ihre Hypothekenschuldner sich dank der Geldentwertung gesund gemacht haben. Daß es aber auch Leute gibt, die genügend Ehrgefühl besitzen, um ihren Hypothekengläubigern werbeständig zurückzahlen, beweist ein Fall, der aus Schwerin mitgeteilt wird. Kommt da neulich ein Hofbesitzer zu einer alten Dame, einer Klavierlehrerin, und kündigt eine Hypothek über 3000 Mark. Die alte Dame erschrickt; die Hypothek ist ihr letztes Vermögen, was soll sie mit 3000 Mark anfangen? Aber der Hofbesitzer beruhigt sie. Er zückt einen Schinken, den er mitgebracht hat, ferner ein Büchlein, und erklärt, er wolle die Hypothek in Lebensmitteln zurückzahlen, und diese sollten zu Friedenspreisen angerechnet werden. Der alten Dame werden also so lange Lebensmittel geliefert, bis die Schuld getilgt ist.

— (Deutschlands Schicksal) hält alles in Spannung. Immer erheblicher werden die Vorgänge in Politik und Wirtschaft entscheidend für seine Zukunft. Jeder, ob er mag oder nicht, steht unter dem Einfluß der Ereignisse. Ihr Spiegelbild ist die Presse. Das Lesen der Zeitung bedeutet somit Verbundenheit mit Deutschlands Schicksal, mit Deutschlands Zukunft. Noch nie war die Zeitung so wichtig für den einzelnen als jetzt!

— (Milchpreise ab 28. Oktober 1923. 1. Lieferung an Molkerei 1190 Millionen. Anfuhr bis 5 km 20 Millionen, über 5 km 30 Millionen. 2. Kleinverkauf ab Gehöft: 1 Liter Vollmilch 1250 Millionen, 1 Liter Magermilch 580 Millionen. — Butterpreise ab 28. Okt. 1923: 1. Verkauf ab Gehöft 1 Pfund Butter 12 495 Millionen, 1 Pfund Quark 1920 Millionen. 2. Verkauf ab Molkerei 1 Pfund Butter 13 650 Millionen, 1 Pfund Quark 2310 Millionen.

— (Die Milliarde.) Ein aufmerksamer Leser schreibt dem „Schmöllner Tageblatt“: Ich habe die Zahlen mit den Nullen gelesen, glaube aber, daß sich viele Leute noch keinen Begriff machen können, z. B. von einer Milliarde. Von Christi Geburt bis auf den heutigen Tag sind, das Jahr zu 365 Tagen gerechnet, erst eine Milliarde Minuten verfloßen, genau 1 010 625 560 Minuten.

— (Nochmals die Arbeiterentlastungs-Verordnung.) Vom Arbeitsministerium wird mitgeteilt: um Unklarheiten vorzubeugen, wird festgestellt, daß sich an der Rechtsansicht der sächsischen Regierung über die Gültigkeit der Verordnung vom 18. Oktober 1923 über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben auch durch Erlass der Verordnung vom 15. Oktober 1923 (RStBl. I S. 983), die an die Stelle der vor der Verkündung des Ermächtigungsgesetzes ausgefertigten Verordnung gleichen Inhalts vom 13. Oktober 1923 (RStBl. I S. 945) tritt, nichts geändert hat. Die Verordnung vom 8. Oktober 1923 besteht weiterhin zu Recht.

— (Ein trauriger Rekord.) Noch bis vor wenigen Wochen klang uns das, was über die Höhe der Lebensmittelpreise in Sowjetrußland berichtet wurde, märchenhaft. Nun haben wir die Russen weit überholt. In Moskau kostet in deutsche Mark umgerechnet ein Pfund Butter 710 Millionen, ein Pfund Schweinefleisch 240 Millionen, ein Ei 25 Millionen. Die deutsche Hausfrau wäre glücklich, wenn sie heutzutage, so „billig“ wie in Moskau einkaufen könnte.

— (Telephon-Verkehr.) Die Schlüsselzahl für den Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 1. November an auf 15 000 000 000 (fünfzehn Milliarden) festgesetzt worden. Demnach kostet vom 1. November an ein Gespräch im Ortsverkehr (Grundpreis 0,10 M) 1 500 000 000 M (eine Milliarde 500 Millionen M), ein Gespräch im Vororts- oder Bezirksverkehr (Grundpreis 0,20 M) 3 000 000 000 (drei Milliarden) Mark.

— (Mütterberatung.) Die Mütterberatung in Großnaundorf findet am Freitag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr in Bättners Gasthof statt. Arzt wird anwesend sein.

— (Reichsjugendwart Lic. Stange in Finnland.) Auf Einladung der christlichen Jugendbewegung Finnlands hat der evangelische Reichsjugendwart soeben eine Reise nach Finnland angetreten, um dort Vorträge über die evangelische Jugendbewegung Deutschlands zu halten. Da diese Reise die erste unmittelbare Berührung der finnischen Jugend mit der deutschen Jugendbewegung darstellt, sieht man diesem Besuch in Finnland mit großem Interesse entgegen. Lic. Stange wird im Anschluß an seine finnische Reise die deutschen Jugendvereine im Baltikum besuchen, die sich seit seinem vorjährigen Besuch in Reval, Dorpat und Riga in starkem Aufblühen befinden.

— (Schneeliefer Eingang der Bezugsgelder.) Wir müssen kürzlich mehr als bisher auf den schnellen Eingang der Bezugsgelder bringen, denn wir können nicht auch noch die Verluste der Geldentwertung tragen. So ist das Bezugsgeld, das wir erst jetzt von der laufenden Woche hereinbekommen, bereits vollständig entwertet und reicht kaum für die Bezahlung der Löhne. Ein einziges Kilo Druckpapier kostet heute über vierzehnhundert Millionen, dazu kommen die übrigen hohen, sich fortwährend steigenden Betriebskosten.

Refforts sind bis zur Bildung einer neuen Regierung folgende Beamte beauftragt worden: Ministerium des Innern: Ministerialdirektor Dr. Schmitt; Finanzministerium: Ministerialdirektor Dr. Just; Wirtschafts- und Arbeitsministerium: Ministerialdirektor Dr. von Hübel; Ministerium der Justiz: Oberlandsgerichtspräsident Dr. Mannsfeld; Ministerium für Volksbildung: Dr. Woelker. Die Leitung der Staatskanzlei ist dem früheren Leiter Ministerialdirektor Dr. Schulze wieder übertragen worden. Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, gez. Reichsminister a. D. Dr. Heinze.

Kein Rücktritt Dr. Hedrichs.

Dresden, 29. Oktober. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Wie wir an zuständiger Stelle im Finanzministerium in Erfahrung gebracht haben, bewahrheitet sich die Meldung, daß der Ministerialdirektor Dr. Hedrich im Finanzministerium zurückgetreten sei, nicht. Die für den angebliehen Rücktritt Dr. Hedrichs angeführten Gründe stimmen mit den Tatsachen nicht überein. Außerdem sind die dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner in den Mund gelegten Worte völlig aus der Luft gegriffen.

Darstellung der Lage durch den „Vorwärts“.

Berlin, 29. Oktober. Wie der „Vorwärts“ heute angibt, ist die Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absehung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, unrichtig. Reichswehrminister Gessler als Inhaber der vollziehenden Gewalt habe den Standpunkt eingenommen, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber seinen Entschluß loyal der Reichsregierung mitteilt. Die sozialdemokratischen Minister hätten darauf erklärt, daß

— (Schonet die Augen!) Im Herbst, wo die Dämmerung immer früher hereinbricht, pflegen Kinder und auch Erwachsene oft bei ganz unzureichender Beleuchtung zu lesen oder zu schreiben. Häufig sitzen auch die Mädchen bis in die völlige Dunkelheit hinein bei feinen Stiderei und Häkelarbeiten. Da durch solche Anstrengungen die Augen geschwächt werden, ist darauf zu achten, daß die Lampen zu rechter Zeit angezündet werden oder die Arbeit während der Dämmerstunden unterbrochen wird. Das sogenannte Zwielicht ist der schlimmste Feind der Augen.

— (Kamenz. (Fünf Wahlvorschläge.) Zu den am Sonntag, den 18. November stattfindenden Gemeinderatswahlen sind für die Stadt Kamenz fünf Wahlvorschläge eingereicht worden, davon drei bürgerliche, eine sozialdemokratische und eine kommunistische.

Dresden. (Eine Mahnung zur Besonnenheit.) Der Landesvorstand der NSD. erläßt folgenden Aufruf an die werktätige Bevölkerung Sachsens: Die Landesinstanzen sind sich bewußt, daß das Diktat der Reichsregierung die härteste Belastung des sächsischen Proletariats darstellt. In voller Wertung der bestehenden Machtverhältnisse muß jedoch vor jedem unbesonnenen Schritt und jeder Einzelaktion der werktätigen Massen gewarnt werden. Eine Aktion des sächsischen Proletariats darf nur auf Anweisung der zuständigen Instanzen, der Parteien und Gewerkschaften erfolgen. Weitere Anweisungen ergehen zur gegebenen Zeit.

Dresden. (Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung) betragen in der Woche vom 22.—27. Oktober wochentäglich je nach der Ortsklasse für männliche Personen über 21 Jahre 10,5, 9,8, 9,1 und 8,4 Milliarden, für männliche Personen unter 21 Jahren, 6,3, 5,9, 5,5 und 5,1 Milliarden, weibliche Personen über 21 Jahre 8,4, 7,8, 7,2 und 6,8 Milliarden, weibliche Personen unter 21 Jahren erhalten bis zu 4,9, 4,6, 4,3 und 4 Milliarden. Familienzuschläge werden wochentäglich gezahlt für den Ehegatten 5,9, 3,6, 2,7 und 2,5 Milliarden, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige bis zu 3,1, 2,9, 2,7 und 2,5 Milliarden.

Dresden. (Die Straßenbahnfahrt) kostet vom 28. Oktober ab 1 1/2 Milliarden, vom 31. Oktober ab 2 1/2 Milliarden Mark.

Dresden. (Der Streik in den Braunkohlenwerken.) Von der Direktion der Staatlichen Elektrizitätswerke wird uns geschrieben: Der Streik in den Braunkohlenbetrieben dauert leider immer noch an und gefährdet in steigendem Maße einen großen Teil der sächsischen Stromversorgung. Bereits Freitag voriger Woche war in den Verhandlungen in Berlin über die Lohnhöhe, über die Lohnstaffelung und über die Streikfrage des Kern- und Randgebietes eine Einigung erzielt und der Streik damit als erledigt erklärt worden. Verschiedene Privatunternehmer jedoch machten geltend, ihre familiären Arbeiter inzwischen fristlos entlassen zu haben und nur 75% wieder einstellen zu können, weil sich inzwischen die Wirtschaftslage ganz wesentlich zu ungunsten der Industrie geändert habe und Aufträge für den Vollbetrieb noch nicht wieder vorlägen. Das betrachteten jedoch die Arbeiter als Maßregelung und deshalb geht der Streik auf der ganzen Linie weiter. Die Arbeiter des Staatlichen Braunkohlenwerkes Hirschfelde waren nicht fristlos entlassen; selbstverständlich denkt der Staat auch nicht daran, Entlassungen aus Anlaß des Streikes vorzunehmen. Im Gegenteil hat die staatliche Braunkohlenverwaltung die streikenden Arbeiter sogar mit billigen Kartoffeln, mit Margarine, Fleisch, Mehl usw. versorgt. Sie erkennen das auch dankbar an, glauben jedoch, aus Gründen gewerkschaftlicher Solidarität weiterhin mitstreiken zu müssen. Die Stromlieferung für die sächsische Landesversorgung konnte bisher durch die Wiederinbetriebnahme der Elbtalzentrale für die Stromerzeugung und die stärkere Heranziehung der sonst noch im Lande bestehenden eigenen Stromerzeugungsanlagen der staatlichen Strom beziehenden Elektrizitätswerke teilweise aufrechterhalten werden, so daß wenigstens

auch sie das Ausscheiden der kommunistischen Minister in Sachen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewalttätigen Ausführung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder hätten wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt gewarnt, ihm seine unheilvollen Folgen in Sachen und im Reich vorausgesagt. Sie hätten durch diesen Widerstand erreicht, daß die sofortige Entsendung unterblieb, die Absehung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgte und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden gab. Während dieser Frist versuchten nun die sozialdemokratischen Führer in Dresden sofort eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Je nach dem Ergebnis dieser Dresdner Besprechungen behielten sich die sozialdemokratischen Minister ihre Entscheidung vor. Das sozialdemokratische Zentralorgan bemüht sich dann weiter nachzuweisen, daß das Vorgehen des Reiches gegen Sachsen eigentlich unhaltbar sei. Die sächsische Landesregierung hätte von sich aus die Verpflichtung gehabt, ihr Verhältnis zu den kommunistischen Stellen zu klären. Man habe ihr aber garnicht die Zeit gelassen, eine solche Klärung herbeizuführen, sondern sei sofort gegen sie in ihrer Gesamtheit eingeschritten. Auch beschränkte man sich nicht auf das Verlangen nach Untersuchung und Absehung der etwa als schuldig erkannten Minister, sondern forderte den Rücktritt der Gesamtregierung. Darin sei das Unzulässige des von Reichs wegen gegen Sachsen geübten Vorgehens zu erblicken. Die Sozialdemokratie als Regierungspartei im Reich sei dadurch in die allerhöchste Lage gebracht worden. Diese Wirkung sei so offenkundig, daß man sich die Frage vorlegen müsse, ob sie nicht von gewisser Seite vorausgesehen und absichtlich herbeigeführt worden sei.

die lebensnotwendigen Betriebe des ganzen Landes mit Strom versorgt werden konnten. Hierbei hat sich der Zusammenschluß sämtlicher Werke durch das Leitungsnetz der Landesstromversorgung als außerordentlich vorteilhaft erwiesen, da sonst einzelne große Kandestelle schon längst hätten gänzlich unversorgt bleiben müssen. Aus dem gleichen Grunde war auch besonders die Nachstromversorgung unbeschränkt möglich, so daß sogar einzelne Strom beziehende Betriebe, die am Tage eingeschränkt werden mußten, zur vollen Versorgung während der Nacht übergegangen sind. Ueber die Forderung der gesamten mitteldeutschen Belegschaften auf Lohnzahlung in Goldwährung soll Mittwoch, 31. Oktober im Reichsarbeitsministerium erneut verhandelt werden.

Bischofswerda. (Neuer Stadtrat.) Herr Stadtrat Wagner hat aus Gesundheitsrückgründen sein Amt niedergelegt. An seine Stelle wurde Herr Stadtrat verordneter Gardt zum Stadtrat gewählt.

Zittau. (Zum zweiten Bürgermeister) von Zittau ist in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag der bisherige zweite Bürgermeister in Bunzlau Dr. Kolzenburg einstimmig gewählt worden.

Burgstädt. (Eine elfjährige Selbstmörderin) In Borsdorf ließ sich ein elfjähriges Schulmädchen vom Zuge überfahren. Der Kopf wurde ihr vom Rumpfe getrennt.

— (Mißernte.) Infolge des nun über drei Wochen anhaltenden Regenwetters droht die Getreideernte in der Gegend von Johanngeorgenstadt völlig zu verderben. Roggen und Hafer, durch die kalte Witterung des Mai und Juni im Wachstum zurückgehalten, reifen in der Sommerszeit nicht völlig und liegen nun geschnitten auf den Feldern, dem Verderben preisgegeben, wenn nicht baldigst sonnige Witterung eintritt. Sonst steht den Landwirten das Schicksal des Vorjahres bevor, durch einen frühen Winter auf die Bergung des Getreides und den Lohn ihrer mühevollen Arbeit verzichten zu müssen. Der Ertrag der Kartoffelernte ist dieses Jahr ein sehr geringer, sodaß man von einer Missernte bei dieser hier so wichtigen Feldfrucht sprechen kann. Unter diesen Umständen wird sehr bald wieder Futtermangel eintreten und den Notstand der Landwirte, die auch unter hohen Abgaben leuzen, vergrößern; ihre Klagen sind daher berechtigt; viele wollen deshalb auch die Feldbestellung und den Ackerbau ganz aufgeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. Oktober. (Sitzung des Reichskabinetts über Sachsen.) Das Reichskabinet hat heute zu einer Sitzung zusammen, in der die aus Dresden zurückgekehrten Mitglieder über die gestrigen Verhandlungen in Dresden Bericht erstatteten. Vorher hatte der Reichskanzler die Führer der Koalitionsparteien empfangen und ihnen von der Ernennung des Reichskommissars für Sachsen Mitteilung gemacht.

Berlin, 30. Oktober. (Die Instruktionen für Dr. Heinze.) Die Instruktionen, die der Reichskommissar Dr. Heinze erhalten hat, befragen folgendes: 1. Der Zweck der Verordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars ist die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen. 2. Mit verfassungsmäßigen Zuständen ist die Entnahme kommunistischer Minister an der Regierung unvereinbar, da deren Partei zu Gewalttätigkeiten auffordert. 3. Zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist die Bildung einer neuen Regierung erforderlich, in der sich keine Kommunisten befinden und hinter der die Mehrheit des Landes steht. 4. Solange die neue Regierung nicht gebildet ist, gehen die Rechte der Regierung auf den Reichskommissar über. 5. Der Reichskommissar ist angewiesen worden, die Herstellung der neuen Regierung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Berlin, 29. Oktober. (Wertbeständige Zeilöhne erst in der nächsten Woche.) Die Frage der Festsetzung von Goldlöhnen noch nicht entschieden.) Den Besprechungen, die am Montag im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsarbeitsministerien und den Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde auf Grund der Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums festgestellt, das wertbeständige Zahlungsmittel in einer, zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der laufenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. In der kommenden Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und